

Protokoll

über die Sitzung des **Ausschusses für Finanzen** am 16.11.2020 in
Ostrhauderfehn, **Saal der ehemaligen Gaststätte**
"Zur alten Schleuse", 1. Südwieke 120

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Günter Harders

Vorsitzende/r (SPD)

Herr Klaus Pleis

Stellv. Vorsitzende/r (SPD)

Herr Michael Erhardts

Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Herr Klaus de Boer

Herr Lars Krummen

Frau Ruth Wreesmann

Stellv. Mitglieder SPD

Herr Karl-Heinz Kempen

Vertretung für Frau Marlene Marks

Stellv. Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Frau Silvia Bunger

Vertretung für Herrn Burchard Esders

Protokollführerin

Frau Gerta Waden

Verwaltung

Frau Lydia de Boer

Herr Guido Meyer

Herr Daniel Bothen

Herr Malte Brummer

Herr Jörg Bruns

Gäste:

Frau Nicole Beck (BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN)

Herr Folkmar Körte (SPD)

Herr Günter Lüken (Gruppe UWG/CDU)

Herr Bernd Revens (SPD)

Es fehlen:

Mitglieder SPD

Frau Marlene Marks

Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Herr Burchard Esders

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 17:58 Uhr

zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Pleis eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen sind durch Ladung vom 04. November 2020 zur Sitzung einberufen worden.

zu 2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt festgestellt.

zu 3. Genehmigung des Protokolls der letzten Ausschusssitzung

Der Ausschuss für Finanzen genehmigt einstimmig bei einer Stimmenthaltung das Protokoll der Sitzung vom 11. November 2019.

zu 4. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde

Bürgermeister Harders berichtet, dass

der Gemeinde Ostrhauderfehn durch das Amt für regionale Landesentwicklung aus dem Programm "ZILE" neben dem bereits bewilligten Zuschuss in Höhe von 500.000,00 € ein weiterer Zuschuss in Höhe von 576.099,96 € für den "Umbau einer leerstehenden Gewerbehalle zu einem multifunktionalen Vereinszentrum" bewilligt wurde.

zu 5. Anfragen und Anregungen von Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten

Es werden weder Anfragen gestellt noch Anregungen gegeben.

**zu 6. 1. Nachtragshaushalt 2020
Vorlage: BV/160/2020**

Ein Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 mit dem Nachtragshaushaltsplan 2020, Stellenplan und weiteren Anlagen wurde für die Ratsmitglieder im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Frau de Boer verliest die 1. Nachtragshaushaltssatzung und geht auf den Vorbericht, in dem die wesentlichen Änderungen dargestellt sind, ein. Der Nachtragshaushalt ist weder im Ergebnis- noch im Finanzhaushalt ausgeglichen.

Der Ergebnishaushalt hat ein Volumen von 16.262.200 €. Er schließt mit einem Minus in Höhe von 599.900,00 € ab.

Der Gesamthaushalt hat nun ein Volumen von 20.058.800 €. Es besteht ein Finanzmittelbedarf in Höhe von 291.100 €, der nicht gedeckt werden kann.

Der Gesamtbetrag der bisher vorgesehenen Kreditermächtigung wird um 1.531.100 € verringert und damit auf 2.500.800 € neu festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt. Die Steuerhebesätze sowie der Höchstbetrag der Liquiditätskredite werden nicht geändert.

Der Haushalt 2020 hat sich insbesondere durch die Corona-Pandemie negativ entwickelt. Dies war bei der Haushaltsplanung 2020 nicht abzusehen. Auch der zunehmende Ausbau der Kinderbetreuung führt dazu, dass der Haushalt immer stärker belastet wird.

Durch die Überschüsse, die aus den Vorjahren erwirtschaftet werden konnten, gilt der Haushalt aber noch als ausgeglichen.

Frau de Boer erläutert anhand des Vorberichts die wesentlichen Investitionsmaßnahmen.

Herr Erhardts bittet um weitere Informationen zur Investition INV0284 Beschaffungen Grundschule Holtermoor + 9.400,00 €. Hier möchte er wissen, welche zusätzlichen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Digitalpakt entstanden sind.

Frau de Boer erklärt, dass es sich um eine Mehrausgabe bei der Anschaffung von Laptops für die Ausleihe handelt. Hier habe man sich an der Zahl der Lehrmittelausleihe orientiert. Für die anzuschaffenden Laptops habe die Summe aus dem Digitalpakt nicht ausgereicht. Aus diesem Grund wurde der Ansatz um 9.400,00 € erhöht.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 mit Nachtragshaushaltsplan nebst Stellenplan, Anlagen und Bestandteilen.

zu 7. Haushalt 2021 Vorlage: BV/161/2020

Die Haushaltssatzung 2021 mit Haushaltsplan wurde den Ratsmitgliedern im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Der Haushaltsplan 2021 ist durch die Corona-Pandemie gekennzeichnet. Der Haushalt konnte weder im Ertrags- noch im Ergebnishaushalt ausgeglichen werden.

Frau de Boer erläutert den Haushaltsentwurf 2020. Im Ertragshaushalt werden Erträge in Höhe von 15.920.000 € erwartet. Dem gegenüber stehen Aufwendungen in Höhe von 17.202.200 €, somit fehlen im ordentlichen Ergebnishaushalt 1.282.200 € zum Haushaltsausgleich. Es werden zudem außerordentliche Erträge in Höhe von 30.000 € aus dem Verkauf von Baugrundstücken erwartet. Damit beträgt das Jahresergebnis -1.252.200 €.

Der Finanzhaushalt schließt im Bereich der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit einem negativen Saldo von 319.100 € ab. Damit kann die Tilgung von Krediten nicht mehr erwirtschaftet werden.

Nach der vorläufigen Bilanz 2019 zum 31.12.2019 beträgt die Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses 2.453.584,04 €, abzüglich der Ergebnissrückträge 2018/2019 ergibt sich ein Überschuss von 2.414.940,33 €. Zusammen mit dem Fehlbetrag des 1. Nachtrages 2020 in Höhe von 599.900 € ergibt sich ein Fehlbetrag von 1.882.100 €. Der Haushalt gilt jedoch noch als ausgeglichen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 4.965.500 € festgesetzt. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 300.000 € festgesetzt und der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2021 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.800.000 € festgesetzt. Die Hebesätze werden nicht geändert.

Frau de Boer weist darauf hin, dass der Haushalt 2021 nicht ausgeglichen ist. Er stellt vielmehr eine Arbeits- und Beratungsgrundlage dar. Auch der Vorbericht sei noch nicht in der endgültigen Fassung. Die erforderlichen Anlagen würden zu gegebener Zeit auf der Grundlage endgültiger Zahlen erstellt.

Frau de Boer trägt die Haushaltssatzung vor und geht auf ihre Ausführungen zum Haushaltsausgleich im Vorbericht ein. Um einen Haushaltsausgleich zu erreichen, müssen bei der Planung die Erträge und Aufwendungen kritisch betrachtet werden.

Im Einzelnen erläutert sie die Möglichkeiten zur Erzielung höherer Einnahmen. Nach wie vor stellt der Bereich Kinderbetreuung die Gemeinde vor große finanzielle Herausforderungen. Dieser hat sich zu einem der größten Ausgabeposten entwickelt. Außerdem erörtert sie die freiwilligen Leistungen der Gemeinde Ostrhauderfehn. Ferner weist sie auf gestiegenen Personalkosten und die Entwicklung der Kreditermächtigungen und tatsächlichen Aufnahmen hin und nennt hierzu Zahlen.

Die wesentlichen Investitionsmaßnahmen sind im Vorbericht dargestellt und werden von Frau de Boer erläutert.

Herr Krummen bedankt sich im Namen der Gruppe UWG/CDU für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2020.

Seit dem Beginn seiner Mitgliedschaft im Rat der Gemeinde Ostrhauderfehn ist es das erste Mal, dass der Haushalt nicht ordentlich ausgeglichen werden kann. Da man in den letzten Jahren jedoch gut gewirtschaftet habe, gelte der Haushalt so wie er vorgelegt wurde, jedenfalls noch rechtlich als ausgeglichen.

Seiner Meinung nach haben sich die Investitionen der letzten Jahre im Bereich der Grundschulen und der Kinderbetreuung mehr als bezahlt gemacht. Es zeichne die Gemeinde Ostrhauderfehn aus, dass viel in die Erziehung und Bildung der Kinder investiert wird. Doch letztendlich sind es diese Kosten, die die Gemeinde Ostrhauderfehn finanziell an ihre Grenze bringt.

Die Gruppe UWG/CDU habe lange und ausführlich über den Haushalt 2020 diskutiert. Eine Entscheidung zu fällen, ob und welche Maßnahmen erst einmal zurück gestellt werden sollten, ist ihnen sehr schwer gefallen.

Nach Abwägung der Möglichkeiten ist man in der Gruppe zu dem Entschluss gekommen, dass es sinnvoll wäre, die Baumaßnahme Kindertagesstätte Potshausen auf das Jahr 2022 zu verschieben. So könnte man 1.000.000,00 € in 2021 einsparen. Er stellt folgenden Antrag:

“Die Gruppe UWG/CDU beantragt den vorgeschlagenen Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2021 dahingehend zu ändern, dass die Baumaßnahme INV0430 Kindertagesstätte Potshausen auf das Haushaltsjahr 2022 verschoben wird. Aufgrund der derzeit angespannten Haushaltslage der Gemeinde Ostrhauderfehn halten wir diese Maßnahme zwar für erforderlich, aber kurzfristig nicht umsetzbar.

Weiterhin soll geprüft werden, in wie weit einzelne Maßnahmen aus dem Haushaltsplan 2021 förderfähig sind. Sofern keine Zuschüsse zu erwarten sind, sind diese Maßnahmen nachrangig umzusetzen. Hiervon unberücksichtigt bleiben sollen die Planung und der Umbau des Rathauses, um weiterhin die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten.”

Ausschussmitglied Kempen bedankt sich zu Beginn seiner Ausführungen ebenfalls bei Frau de Boer für ihre geleistete Arbeit.

Er weist auf das "Nord-Süd-Gefälle" bei den getätigten Investitionen in der Gemeinde hin. Im Südbereich werden 1.500.000,00 € investiert. Er erkundigt sich nach weiteren Ausgaben für das Vereinsheim an der Kirchstraße. Er befürchtet eine Verschiebung der Prioritäten, die er so nicht mittragen möchte.

Im Rahmen der Dorfentwicklung passiert in Potshausen im Moment eine Menge. Er befürchtet, dass Potshausen 2021 bei den Investitionen außen vorgelesen werden soll. Seiner Meinung nach stünde es der Gemeinde Ostrhauderfehn gut zu Gesicht, auch in dem kleinen Ortsteil Potshausen zu investieren. Er kann den Antrag der Gruppe UWG/CDU so nicht zustimmen.

Außerdem erkundigt er sich, ob die Arbeitsgruppe, die bei der Erstellung des Haushaltsplanes mitwirken sollte, getagt hat.

Frau de Boer teilt mit, dass konkrete Zahlen vom Land bzw. Bund über die Bezuschussung von Projekten zur Planung des Haushaltes 2020 erst Anfang Oktober vorgelegt wurden. Da es aufgrund mangelnder Zeit und der geltenden Corona-Kontaktbeschränkungen schwierig gewesen ist, die Gruppe einzuladen, habe man in diesem Jahr bei der Haushaltsplanung darauf verzichtet.

Bürgermeister Harders sieht keine Ungleichbehandlung des Nord- und Südbereiches bei den geplanten Investitionen für 2021. Er führt aus, dass im Nordbereich erhebliche Investitionen bei der Freiwilligen Feuerwehr Potshausen und der Grundschule Holtermoor getätigt wurden und auch in Zukunft getätigt werden.

Die Kosten für das Vereinsheim sind aufgrund von Mehrausgaben bei der Technik und Ausstattung des großen Mehrzweckraumes entstanden, da dieser künftig als Sitzungssaal genutzt werden soll. Man habe mittlerweile auch viele Anfragen von weiteren Vereinen erhalten, die an einer Nutzung sehr interessiert sind.

Bei der Aufstellung des Haushaltes versuche man immer, alle Ortsteile und ihre Bedürfnisse im Blick zu haben und entsprechend zu investieren. Es ist natürlich schade, wenn Projekte nicht wie gewünscht realisiert werden können und die Verwaltung gezwungen ist, diese erst einmal zurück zu stellen.

Der gestellte Antrag der Gruppe UWG/CDU wird bei vier Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem Rat bei vier Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung, die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2021 mit Haushaltsplan nebst Stellenplan, Anlage und Bestandteilen unter Berücksichtigung des Antrages der Gruppe UWG/CDU, den vorgeschlagenen Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2021 dahingehend zu ändern, dass die Baumaßnahme INV0430 Kindertagesstätte Potshausen auf das Haushaltsjahr 2022 verschoben wird. Außerdem soll geprüft werden, in wieweit einzelne Maßnahmen aus dem Haushalt 2021 förderfähig sind. Sofern keine Zuschüsse zu erwarten sind, sind diese Maßnahmen nachrangig umzusetzen. Hiervon unberücksichtigt bleiben soll die Planung und der Umbau des Rathauses.

zu 8. Jahresabschlüsse 2017 und 2018, Schlussberichte des Rechnungsprüfungsamtes mit den Stellungnahmen des Bürgermeisters und Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: BV/162/2020

Nach dem NKomVG ist der Jahresabschluss mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Schlussbericht dem Rat vorzulegen.

Die Schlussberichte des Prüfungsamtes für die Jahre 2017 und 2018 enden jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk (sh. S. 33/34 für das Jahr 2017 und 35/36 für das Jahr 2018). In den Schlussbemerkungen der Prüfungsberichte wird die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für das Haushaltsjahr 2017 sowie 2018 vorgeschlagen.

Außerdem ist ein Beschluss über die Zuführung der Überschüsse in die Überschussrücklage zu fassen.

Dieser ist ebenfalls noch für die Jahre 2015 und 2016 zu fassen und soll nachgeholt werden.

Die Stellungnahme des Bürgermeisters zu den Berichten liegt den Ratsmitgliedern vor.

Der Ausschuss für Finanzen nimmt die Schlussberichte des Rechnungsprüfungsamtes mit den Stellungnahmen des Bürgermeisters zu den Berichtspunkten zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat einstimmig

- a) den Beschluss über die Jahresabschlüsse 2017 und 2018 nebst Ergebnisverwendung (Übertrag auf das Folgejahr) sowie die Zuführung in die Überschussrücklage für die Jahre 2015, 2016, 2017 und 2018 sowie
- b) den Beschluss Entlastung des Bürgermeisters zu fassen.

zu 9. Örtliche Kassenprüfung 2020
Vorlage: BV/159/2020

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Leer nahm im September 2020 eine unvermutete Prüfung der Gemeindekasse vor. Es gab keine Beanstandungen.

Der Bericht liegt den Ratsmitgliedern vor.

Der Ausschuss für Finanzen nimmt den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zustimmend zur Kenntnis.

zu 10. Anfragen von Ratsmitgliedern

Ratsmitglied Bernd Revens fragt an, ob sich die Verwaltung nach alternativen, kostengünstigeren Bauformen für Kindertagesstätten erkundigt hat. Bürgermeister Harders erklärt, dass dies erfolgt ist, man aber keine kostengünstigere Alternative gefunden habe.

Nicole Beck erkundigt sich nach dem aktuellen Schuldenstand der Gemeinde Ostrhauderfehn. Frau de Boer teilt dazu mit, dass dieser zum Jahresende 9.286.000,00 € betragen wird.

zu 11. Anfragen und Anregungen von Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten

Ein Bürger wünscht weitere Informationen zum Investitionsansatz für die Grundschule Ostrhauderfehn in Höhe von 200.000,00 €.

Frau de Boer antwortet, dass hier erst einmal nur ein geringer Ansatz eingeplant wurde, da mit einem Baubeginn frühestens zum Jahresende gerechnet wird.

Ein Bürger fragt nach, wann damit begonnen werden soll, die Schulden der Gemeinde Ostrhauderfehn abzubauen.

Bürgermeister Harders teilt mit, dass im wesentlichen nur Baumaßnahmen eingeplant sind, zu denen die Gemeinde verpflichtet ist. Zur Zeit sind nur Ausgaben dargestellt da noch nicht klar ist, wann und in welcher Höhe Zuschüsse zu erwarten sind.

.....
Günter Harders
Bürgermeister

.....
Klaus Pleis
Ausschussvorsitzender

.....
Gerta Waden
Protokollführerin